

Chancen der Demokratie — in kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaftssystemen

Woche der Wissenschaft 1969

Demokratie, definiert der Große Brockhaus u. a., ist „eine Form des politischen Lebens: durch Abstimmung werden Mehrheitsentscheidungen erzielt, die als Entscheidung der Gesamtheit gelten“. Und weiter heißt es: „Der demokratische Gedanke, der in dem Ideal der Freiheit gegründet ist, hat in aller Welt Wurzel gefaßt und genießt hohes Ansehen, darum bezeichnen sich die verschiedenartigsten politischen Gebilde und Lebensformen als demokratisch.“

Die Frage, die auf der diesjährigen Woche der Wissenschaft in Recklinghausen zur Diskussion stand, die Frage nach den „Chancen der Demokratie in kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaftssystemen“, hätte einer ausgiebigen Vorklärung bedurft, was eigentlich unter Demokratie zu verstehen ist. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, *Heinz Kühn*, gab denn als Schirmherr der im Rahmen der Ruhrfestspiele veranstalteten Tagung in seinem Geleitwort auch zu bedenken: „Der Demokratiebegriff droht durch inflationären Gebrauch zu einer Leerformel zu werden. Das trifft für den Osten wie für den Westen zu. Manche Staaten, Parteien und Institutionen scheinen die Einführung formal-demokratischer Statuten bereits für eine hinreichende demokratische Legitimation zu halten. Aber so notwendig institutionelle Sicherungen für die Demokratie — gleich welcher Ausformung — sind: ihrem Wesen nach muß sie als ein dynamischer Entwicklungsprozeß verstanden werden.“

Leider war es dann am Eröffnungstage der nordrhein-westfälische Minister für Bundesratsangelegenheiten *Diether Posser*, der in einer überdrehten Philippika wider aufsässige Radikale („Mit Leuten, die Häuser anzünden, kann man nur noch vor den Schranken des Gerichts diskutieren!“) letztlich dem Status quo das Wort redete. Er anerkannte — zutreffend — das Grundgesetz mit seiner Garantie der Grundrechte als „ein großes Angebot“ an die Bürger, warnte dann aber sehr entschieden davor, ein allzu ideales Bild von der Demokratie zu zeichnen, das bei der Jugend zu Enttäuschung führen müsse — einer Enttäuschung, die in Radikalität umschlage, die zur Frustrationsaggression werde. Posser bagatellierte die restaurativen Bestrebungen in der Bundesrepublik, indem er hervorhob, in allen politischen Kreisen, die im Bundestag vertreten sind, gebe es die Bereitschaft zu Reformen.

Der Politologe und Soziologe *Klaus von Beyme* folgte dem nicht; er setzte sich in seinem Referat für verstärkte Mitbestimmungsrechte der Bürger in allen Bereichen ein. Er sprach sich aus für ein paritätisches Mitbestimmungsmodell im Betrieb, eine Drittelparität bei der Selbstverwaltung der Universität und für ein indirekt gestaffeltes Partizipations-Modell für die Mitverwaltung in Schulen.

Eine noch weitergehende Demokratisierung forderte der Philosoph und Soziologe *Oskar Negt*. Er forderte: „Aufhebung der Entpolitisierung der Massen und Ausbildung einer kritischen Öffentlichkeit.“ Beides könne nicht mehr auf parlamentarisch kanalisiertem Wege, sondern nur noch unabhängig von Rücksichten des Repräsentationssystems durch Demokratisierung der Basisinstitutionen erfolgen. „Die effektive, durch Diskussion und Aktion vermittelte Kontrolle des wissenschaftlichen und industriellen Produktionsprozesses durch die Produzenten bildet die Grundlage der konkreten Willensbildung und der Freiheitssicherung.“ Negt sprach sich für betriebsbezogene Tarifpolitik und Bildungsarbeit der Gewerkschaften aus, da sie geeignet seien, die Apathie der Arbeitnehmer aufzuheben.

Ähnlich argumentierte der Bildungsexperte der IG Metall und SPD-Bundestagsabgeordnete *Hans Matthöfer*. Er sprach sich dafür aus, daß die Gewerkschaften eine betriebsnahe Tarifpolitik zu betreiben haben und um die Mitbestimmungsrechte im Betrieb und am Arbeitsplatz kämpfen sollten. Der Freiheitsraum des einzelnen Arbeitnehmers müsse erweitert werden durch Demokratisierung der Unternehmensverfassung und der Betriebsverfassung. Scharf wandte sich Matthöfer gegen die neoliberalen Thesen des Wirtschaftswissenschaftlers *Biedenkopf*, der in Recklinghausen die Frage nach einer demokratischen Wirtschaftsverfassung fast ausschließlich auf die Wettbewerbsordnung reduzierte. Es komme darauf an, betonte Matthöfer, betriebliche Transparenz zu erzwingen und die demokratischen Tendenzen an der Basis zu stärken.

Demokratie als dynamischer Prozeß wird aber derzeit nicht nur in den kapitalistischen Gesellschaftssystemen diskutiert, sondern auch in den kommunistischen. Die Okkupation der Tschechoslowakei durch Truppen der Warschauer-Pakt-Länder hat diese Debatten zwar bremsen können aber nicht gänzlich verstummen lassen. So schränkte der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates des Kultusministers der CSSR, *Jindrich Filipec*, zwar ein, daß bei der sozialistischen Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb die Losungen einer direkten Demokratie nicht ausreichen, es vielmehr entscheidend auf das Niveau der Informiertheit der Mitbestimmenden ankomme. Aber er bekannte auch offen, daß es in der CSSR jetzt zunächst einmal um die Rehabilitierung der politischen Vernunft gehe. Der Glaube müsse aufrechterhalten werden, daß der Mensch erziehungsfähig und die Geschichte machbar ist.

Der Prager Soziologe *Vojtech Tlustý* machte aus seiner Meinung erst recht keinen Hehl. Er sprach von der schweren historischen Belastung, den Stalinismus und Bürokratismus für sein Land darstellen. Mehr noch: Er erklärte frei heraus, zwar sei man jetzt in der CSSR reif für neue Formen der Selbstverwaltung, aber das werde leider „von außen“ noch als Konterrevolution diskriminiert. Durch die Generationsablösung in den sozialistischen Ländern, die jetzt stattfindet, komme aber zunehmend mehr Sachverstand zum Zuge, deshalb dürfe man auf weitere Reformen hoffen.

Demokratisierung, das wurde in Recklinghausen während der Woche der Wissenschaft wieder sehr deutlich, ist nicht nur ein dynamischer, sondern auch ein sehr langwieriger Prozeß. Er ist aber von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn er nicht von der jungen Generation aufgegriffen und weiter vorangetrieben wird. Dadurch kommt den Bildungsinstitutionen eine bedeutende Rolle zu.

Das unterstrich am letzten Tag besonders nachdrücklich *Fritz Vilmar*, Sachbearbeiter in der Bildungsabteilung des Vorstandes der IG Metall. Er stellte seinem Referat „Die gesellschaftspolitische Relevanz einer Demokratisierung des Bildungssystems“ die beiden folgenden Thesen voran:

Demokratisierung, die Idee der Demokratisierung als Prozeß, ist der Inbegriff einer fortschreitenden Ersetzung autoritärer Herrschaftsstrukturen durch Strukturen der Mitbestimmung, Kooperation und Selbstbestimmung.

Demokratisierung des Bildungssystems bedeutet demgemäß die Abschaffung autoritärer Bestimmung des Denkprozesses und der Wissensproduktion auf allen Ebenen des öffentlichen Bildungswesens — eine Umgestaltung der Produktion wie der Produktionsbedingungen von Wissen derart, daß nicht länger die Mehrheit des Volkes infolge systemimmanenter Bildungsbarrieren bzw. des repressiven Bildungsbetriebs williges Objekt unkontrollierter Herrschaft bleibt.

Für eine durchgreifende Demokratisierung des Bildungssystems sieht Vilmar vor allem als notwendig an:

Eine überproportionale Steigerung der Bildungsausgaben

12jährige integrierte und differenzierte Gesamtschulen, die in ein entsprechendes System der Gesamthochschule überleiten

Eine 12jährige obligatorische, mit einer Hochschulreife abschließende Schulbildung, gesetzlich verankerter Bildungsurlaub, intensive Bildungswerbung im Sinne lebenslangen Lernens

Die Einführung eines umfassenden Förderungs- und Kurssystems innerhalb der Gesamtschule, das die klassengesellschaftlichen Bildungsbarrieren zu überwinden hilft

Eine wesentliche qualitative und quantitative Verbesserung des sozialkundlichen Unterrichts sowie die Einführung eines obligatorischen sozialwissenschaftlichen Grundstudiums als Voraussetzung für die Erziehung urteilsfähiger Demokraten

Die zunehmende Mitwirkung und Mitbestimmung der Schüler und die Mitbestimmung der Lehrer in allen didaktischen und personellen Fragen der Schulen, die Mitbestimmung der Studenten in allen Entscheidungsbereichen der Hochschulen — mit dem Ziel der zunehmenden Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Lernenden in allen Bildungsinstitutionen

Die Demokratisierung der Lernprozesse: Ersetzung autoritärer „Lehrherren“ und Lehrmethoden in Betrieb, Schule und Hochschule durch kollegiale bzw. kollektive, jederzeit kontrollierbare, Selbsttätigkeit fördernde Formen des Lernens

Die Kontrolle autoritärer, oft industriefrommer Wissenschafts- bzw. Kultusverwaltungen und Dozenten durch öffentliche Diskussion der Lehr- und Studienpläne sowie durch Forschungs- und didaktische Planungskommissionen, in denen die Interessenvertreter der Lernenden gleichberechtigt mitbestimmen.

Vilmar gibt sich allerdings nicht als ideologischer Traumtänzer. Er weiß — und er betonte es in Recklinghausen — daß sich wegen der bedeutenden gesellschaftspolitischen Wirkungen Machteliten im Westen und im Osten gegen eine solche Demokratisierung des Bildungssystems stemmen. Denn, so Vilmar: „In einem strukturell und substantiell demokratisierten Bildungssystem aufwachsende Menschen ... wären aufgrund ihrer kritischen, nicht autoritätshörigen Geistesverfassung weder im Westen noch im Osten länger bereit, die ideologische Selbstverherrlichung des herrschenden Systems und seiner Machteliten sowie die Verteufelung des Gegensystems zu akzeptieren, vielmehr würden sie durch Systemkritik und -Veränderung im Innern und Lernbereitschaft gegenüber dem anderen System jeder militärischen Projektion der eigenen Konflikte auf den Gegner den ideologischen Boden und damit den Machteliten ihr wichtigstes Herrschaftsmittel entziehen.“

Die Schlußfolgerungen, die Vilmar zieht: „Demokratische — also massenhafte, langfristige, kritische, aktivierende, verselbständigende — Bildung würde auf friedliche Weise jene Sozialrevolutionäre Haltung und Aktivität in den Menschen erzeugen, die *Marx* von der Verelendung erwartete. Sie muß also von Machteliten, die ihre Führungspositionen verewigen wollen, verhindert, von allen radikalen Demokraten aber als eine der wichtigsten politischen Forderungen verfochten werden.“

Die Frage stellt sich, und sie wurde in Recklinghausen gestellt, wie sollen die Pädagogen — 70 vH der Teilnehmer der Woche der Wissenschaft sind Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, eben Pädagogen — wie sollen sie diese Forderungen verfechten und durchsetzen? Eine junge Lehrerin hatte versucht, ihre Schüler zur Kritikfähigkeit und zur Widerstandsbereitschaft zu erziehen. Dem äußerst rabiaten Echo darauf war sie nicht gewachsen. In Recklinghausen bekannte sie resignierend: „Ich habe nach vielen schrecklichen Erfahrungen meinen Beruf aufgegeben.“ War sie für das harte Geschäft zu zart besaitet, hatte sie zu früh die Flinte ins Korn geworfen? Die Mehrzahl der Teilnehmer war dieser Meinung. Schon heute, so hieß es, gebe es für die Lehrer einen beträchtlichen Freiheitsraum, innerhalb dessen sie antiautoritäre Erziehung praktizieren können. Leider fehle es vielen dazu an Zivilcourage.

Aber nicht nur daran fehlt es in der Bundesrepublik, sondern auch und vor allem an einer Konzeption, die eine Alternative aufzeigt für das praktische Handeln. Hier bietet der junge Politologe *Horst Heimann* Ansatzpunkte. In der Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* vom 21. 6. 1969 schreibt Heimann: „Wer verhindern möchte, daß sich das kritische Engagement der jungen Generation in eine aktivistische Sackgasse und in passive Resignation verliert, muß auf das Verlangen dieser Generation nach einer Theorie eingehen, die eine qualitative Veränderung der bestehenden Verhältnisse intendiert, nämlich Abbau von Herrschaftsstrukturen in allen Bereichen der Gesellschaft und Emanzipation aller Menschen. Indem eine solche Theorie eine qualitative Veränderung der Gesellschaft anstrebt, ist sie in bezug auf das Ziel revolutionär. Damit sie auch anleiten kann zum praktischen politischen Handeln, muß sie aber auf unsere Gesellschaft, d. h. auf die Industriegesellschaft bezogen sein, in der Veränderungen nur auf evolutionärem Wege möglich sind. Da die Zielsetzung dieser Theorie revolutionär ist, ihre praktische Methode aber evolutionär, hat sie den Gegensatz zwischen Revolution und Evolution dialektisch aufgehoben. Eine solche Theorie steht durchaus im Einklang mit unserer Demokratie, die nach ihrem eigenen Anspruch ja keineswegs die Funktion hat, den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status quo vor Veränderungen zu schützen, sondern vielmehr den institutionellen Ansatz bieten soll, diesen Status quo progressiv zu verändern.“

Für eben diese progressive Veränderung hat die diesjährige Woche der Wissenschaft wieder Denkmaterialien geliefert, die geeignet erscheinen, Lernprozesse einzuleiten, die einer weiterführenden Demokratisierung dienlich sind. In seinem Grußwort hatte der stellvertretende DGB-Vorsitzende *Bernhard Tacke* die Hoffnung ausgesprochen, daß die Veranstaltung für die Demokratisierung und Mitbestimmung — besonders auch in der Wirtschaft — neue Aspekte aufzeigen möge. Diese Hoffnung hat nicht getrogen. *Heinz Kühn* hat recht: „Es ist unverkennbar, daß vielerorts ein nicht mehr zu unterdrückendes Verlangen nach einer Demokratisierung aller Lebensbereiche aufgebrochen ist.“ Und wieder einmal erwies sich Recklinghausen mit den Ruhrfestspielen und der dazugehörenden Woche der Wissenschaft als eben solch ein Ort. Aber damit ist es nicht genug, viele andere Orte müssen hinzukommen. Zivilcourage wird gefordert: Erweiterung des Freiheitsraumes durch Eigeninitiative und durch kollektive Aktionen.